

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ältestenausschuss und Ausschuss
für Finanzen, Wirtschaft und
Beschäftigung (FA) -

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 10.08.2006

Vorlage Nr. 06-F-24-0007

Tarifkonflikt lösen - Medizinqualität und Versorgung der Patienten an den Horst-Schmidt-Kliniken dauerhaft sichern

- gem. Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.08.2006 -

Der "Ferienausschuss" wolle beschließen:

- I. Zur Erhaltung der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken als kommunales Krankenhaus und um den aktuellen Arbeitskampf schnellstens zu beenden und eine Grundlage für künfti ge Tarifverhandlungen zu schaffen, werden folgende Grundsätze festgelegt, die für den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung bindend sind.
- 1. Die in § 7 des Gesellschaftsvertrags der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken festgelegte Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband wird mit Nachdruck bekräftigt.
- 2. Die Geschäftsführung der Horst-Schmidt-Kliniken wird beauftragt, im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren mit dem ärztlichen Personal auf der Basis des Tarifabschlusses der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) mit der Gewerkschaft verdi einzelvertraglich übertarifliche, auf zukünftige Tariflohnerhöhungen anrechenbare Zulagen, bis zur Höhe des Tarifabschlusses zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und dem Marburger Bund, zu vereinbaren.
- 3. Sobald ein Tarifvertrag zwischen VKA und dem Marburger Bund zustande kommt, werden diese übertariflichen Zulagen auf die dort enthaltenen Tariferhöhungen tatsächlich und voll umfänglich angerechnet.

Beschluss Nr. 0060

Der gemeinsame Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.08.2006 betr.

Tarifkonflikt lösen – Medizinqualität und Versorgung der Patienten an den Horst-Schmidt-Kliniken dauerhaft sichern

wird angenommen.

- Beschlussfassung gemäß § 20 Ziffer 3 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung -

- Ältestenausschuss und Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung (FA)-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0060 vom 10.08.2006

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .08.2006

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .08.2006

- 16 -

Dezernat V
 mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:

Dezernat I und Dezernat III Diehl

mit der Bitte um Kenntnisnahme Oberbürgermeister